

flickr/fiRas

Noch mehr Schulden im Land

- Maßnahmen gegen die Plastikflut
- Transparente Förderungen
- Wohnbeihilfe anpassen
- Kündigungsschutz für Lehrlinge

Das Doppelbudget 2009/2010 kann nicht eingehalten werden. Vor allem die budgetierten Einnahmen brechen weg. Mit Schuld ist der schlecht verhandelte Finanzausgleich mit dem Bund.

Durch die Krise und die Steuerreform gehen die Einnahmen des Bundes zurück. Während der Finanzminister milliardenschwere „Bankenrettungsaktionen“ (etwa für die vom BZÖ in die Pleite getriebene Kärntner Hypo) für nötig hält, bekommen Länder und Gemeinden immer weniger Geld. In der Steiermark haben sich SPÖ und ÖVP darauf geeinigt, 112,6 Millionen Euro an neuen Schulden aufzunehmen.

Zur Erinnerung: Das steirische Budget macht knapp

fünf Milliarden Euro aus, die Gesamtverschuldung liegt bei fast 1,5 Milliarden. Die KPÖ kritisierte diese Budgetkorrektur für 2010. KPÖ-LAbg. Werner Murgg zu Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP): „Man kann das Budget auf zwei Arten sanieren. Durch Einsparungen oder neue Einnahmen. Statt neue Einnahmen zu erschließen, wollen Sie einen radikalen Sparkurs fahren.“

Im Vorfeld der Debatte sickerte durch, dass SPÖ und ÖVP ab 2011 viele wichtige Ausgaben um 25 Prozent kürzen wollen. Werner Murgg: „Sagen Sie den SteirerInnen vor der Wahl, welche Leistungen wegfallen. Das zu erfahren, haben die Menschen ein Recht!“ Die KPÖ fordert eine einnahmenseitige Budgetsanierung. Allein eine Nahverkehrsabgabe für

Unternehmer nach Wiener Vorbild würde im Jahr mindestens 25 Millionen Euro bringen, die Anhebung der Spielautomatenabgabe auf Wiener Niveau 50 Millionen Euro.

Wichtig sei vor allem ein anderer Finanzausgleich. Murgg: „Zur Rettung von durch kriminelle Machenschaften in Schieflage geratene Banken werden die Milliarden hinausgeblasen. Für Länder und Gemeinden ist kein Geld da!“ Die KPÖ stimmte gegen das Budget.

Gegen die Plastikflut

Debattiert wurde der jährliche Umweltschutzbericht des Landes. Ein Antrag der KPÖ, die Landesregierung aufzufordern, im Bereich des Landes Konzepte gegen die Plastikflut zu entwickeln, wurde einstimmig angenommen. In Graz etwa tes-

tet man Plastik-Einweggeschirr für Kindergärten, Schulen und Horte.

Schneller zum Recht

Der Steirische Sozialbericht lag dem Landtag vor. Claudia Klimt-Weithaler machte auf die oft viel zu langen Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anträgen Betroffener aufmerksam. Hier müssten Menschen oft bis zu ein Jahr auf einen Bescheid und oft auf dringend nötiges Geld warten.

Transparenz

Die ÖVP wünscht sich ein sogenanntes „Transferkonto“. Dabei sollen alle sozialen Leistungen, die jemand bekommt, aufgelistet werden. So will die ÖVP die, wie sie es nennt, „soziale Treffsicherheit erhöhen.“ Die KPÖ sieht darin den Versuch, die